

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Widersinn der Wucherzölle.

Der Kampf im Handelspolitischen Ausschuss. Hilferding antwortet dem Rechtsblock

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags setzte am Donnerstag die Debatte über die Zollvorlage der Reichsregierung fort. Abg. Dr. Fehr (Bayer. Bauernbund) beklagte sich über die mangelnde Berücksichtigung der Lebensinteressen der Kleinbauern und stellte fest, daß entgegen den Zusicherungen im Jahre 1925 nicht die Industriezölle auf dem Verhandlungsweg ermäßigt worden seien, sondern bei den Handelsvertragsabschlüssen gerade die Zölle auf Agrarerzeugnisse Handelsobjekt gewesen seien, die dem Schutze der Klein- und Mittelbauern gebietet hätten. Bei einem künftigen Zolltarif müßten deshalb diese Zölle erhöht werden.

Genosse Dr. Hilferding stellte zunächst fest, daß auch diesmal, genau wie im Jahre 1925 beim Zolltarif, eine politische Entscheidung gefällt werde, daß man nur stimme, aber nicht argumentiere. Mit dem Abgeordneten Sommers (Z.) stimme er darin überein, daß die Einbringung der Vorlage in jeder Weise unzeitgemäß sei. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Heraushebung von Zöllen unmittelbar nach der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, die einen Abbau verlangt habe, Deutschlands Stellung in der Welt schwächen werde. Dazu sei um so weniger Veranlassung vorhanden als der Kartoffelzoll ja ohnedies erst am 1. Dezember in Kraft treten solle und weil auch für den Zuckerrübenanbau eine akute Gefahr nicht bestehe. Die Behauptung des Landwirtschaftsministers Schiele, die Genfer Konferenz habe die Erhöhung von Agrarzöllen gebilligt, könne man nicht vertreten, sofern man nicht ihren Sinn gewaltsam verrenken wolle. Auch für die landwirtschaftlichen Zölle habe die Genfer Konferenz ausgesprochen, der Augenblick sei gekommen, jeder neuen Ueberschreitung der Zollhöhe ein Ende zu setzen und sich entgegenzusetzen zu orientieren. Auch die Behauptung, daß das Gleichgewicht zwischen Industrie- und landwirtschaftlichen Zöllen gestört sei, ist falsch.

Die größte Steigerung der Preise ist bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln zu verzeichnen.

Die geht weit über die Steigerung der Industriezölle und über die Steigerung der Reallohne hinaus.

Zu den einzelnen Zollhöhen bemerkt Dr. Hilferding: Der Kartoffelzoll, den die Agrarier selbst in den Zeiten größter Noth nicht durchgesetzt haben, könne der Landwirtschaft nur helfen bei einem ungünstigen Ernteaussfall, wenn die Preise ohnedies steigen. Die polnische Konkurrenz werde gewaltig überschätzt, da die Produktionsbedingungen in Polen sich nicht wesentlich von denen in Deutschland unterscheiden. Der Zuckerrübenzoll werde zwar die Gewinne der Zuckerindustrie riesig steigern, den Rübenbauern aber kaum nützen, wie ihnen durch Ausdehnung des inländischen Absatzes geholfen werden könnte. Es sei zuzugeben, daß der Schweinezoll für die bäuerliche Bevölkerung wichtig sei, aber auch hier entsünde ein größerer Nutzen, wenn statt der Zoll-erhöhung für Schweinefleisch die Zollfreiheit für die Futtermittel nach dem Antrage der Sozialdemokratie beschloß würde. — Zusammenfassend stellt Dr. Hilferding fest: Die Sozialdemokratie ist in ihrer Stellungnahme zu den Zollfragen in keiner Weise geleitet von einer Feindschaft zur Landwirtschaft. Im Gegenteil, die Bauernschaft solle endlich einsehen, daß eine vernünftige, gerade ihren Interessen entsprechende Zollpolitik nur mit der Arbeiterschaft gegen die Schwerindustrie und die Großartikler durchgesetzt werden könne. Gerade die Bauernschaft habe auch ein Interesse daran, jetzt von Zoll-erhöhungen abzusehen, die Herabsetzung der Industriezölle abzumachen und dann einen billigen Ausgleich zugunsten ihrer Interessen zu versuchen. Daher verlange die Sozialdemokratie, daß jetzt nur eine Verlängerung des geltenden Zolltarifs beschlossen werde, die Erhöhungen aber zumindest bis zum Herbst verschoben werden.

Reichswirtschaftsminister Schiele versichert dem Abg. Dr. Fehr, daß er der Vorlage der milderzogenen Bauernwirtschafts-

ten volles Verständnis entgegenbringe. Hilferding gegenüber versuchte er aufs neue, seine Behauptungen zu verteidigen, daß das Gesamtinteresse Deutschlands von den Zollerhöhungen nicht berührt werde.

Abg. Thomsen (Dnat.) erklärt für sämtliche Regierungsparteien, daß sie sich auf dem Boden der Vorlage der Reichsregierung stellen, jedoch bedauern, daß das Versprechen nicht innegehalten werden konnte, jetzt bereits einen neuen endgültigen Zolltarif aufzustellen. Bei den einzelnen Zoll-erhöhungen wiederholt er die alten Argumente der Landwirtschaft und versichert, daß die gesamte Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Betriebsgründe in ihren Zollwünschen einig sei.

Aus den Ausführungen des Abg. Dr. Hortländer (Bayer. Vpt.) ist vor allem bemerkenswert die Aeußerung, der Kartoffelzoll solle nicht dazu dienen, den Preis hochzutreiben, sondern den Preis zu halten. (Zuruf: Es soll also der gegenwärtige höchste Preis, den wir nie vorher gehabt haben, dauernd bestehen bleiben?)

Abg. Dr. Richtigshofen (Dem.): Wie kann man von Hilfe für die bäuerliche Bevölkerung sprechen, wenn man durch Erhöhung des Kartoffelzolls das wichtigste Futtermittel der Bauernschaft verteuert? Die Demokraten würden deshalb ebenfalls die Zollfreiheit für Futtermittel beantragen. (Lachen bei den Deutschnationalen.) Sie lachen über die Interessen der Bauern, weil Sie sich vom Kartoffelzoll Vorteile für die ostpreussischen Großagrarier versprechen. Immer wenn Sie von Bauerninteressen reden, meinen Sie nur großagrarische Interessen.

Genosin Tony Sender polemisiert gegen die Kommunisten. Es sei furchtbar einfach, einen Antrag zu stellen, alle Zölle mit einem Schläge zu beseitigen. Vielleicht entspreche das ihren Prinzipien, keinesfalls aber den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung. Denn dadurch werde die Gefahr hervorgerufen, daß der alte Bälou-Larif in Kraft trete, der Betreibezölle von 7 Mark statt des gegenwärtigen Satzes von 5 Mark enthielt, und die Produktionsverhältnisse vieler Industrien auf das äußerste erschütterte. Wer ernsthaft Politik treiben wolle, könne einen so leichtfertigen Antrag weder stellen noch unterstützen. In einer Polemik gegen den Minister Schiele und die bürgerlichen Blockparteien wies sie nach, daß diese neuen Agrarzölle nur der Großlandwirtschaft dienen, den kleinen Bauern aber neue Lasten auferlegen. Darauf beginnt die Spezialberatung, in der u. a. auch Genosin Sturm das Wort ergreift.

Bürgerblock überstimmt alle Oppositionsanträge.

Nach weiterer Aussprache wurde die Zolltarifvorlage in beiden Lesungen unverändert mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Anträge der Sozialdemokraten auf Zollfreiheit der Futtermittel sowie auf Befassung des Mehlszolls in der Höhe von 11,50 M. bzw. 10,50 M. versielen der Ablehnung. Das Zentrum hat damit seine frühere Stellung in der Frage des Mehlszolls verlassen und zugunsten des höheren Satzes revidiert.

Dann begann die Beratung der Vorlagen über den Zuckerzoll und die Zuckersteuer.

Sozialistische Zollpolitik.

Die französische Partei regt eine Zolltarifkonferenz an.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat der Sozialistischen Partei hat unter dem Vorsitz von Graciani das Bureau der Partei beauftragt, mit den deutschen, belgischen, luxemburgischen und schweizerischen Sozialisten die Verhandlungen bezüglich des Zusammentritts einer Konferenz zur Prüfung der Zolltarifprobleme wieder aufzunehmen. Eine Kommission will das Programm der französischen Partei für eine solche Konferenz ausarbeiten.

Abrüstung vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Strefemann dementiert Aufrüstungspläne.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags nahm heute unter dem Vorsitz des Abg. Wallraf den Bericht entgegen, den der Abg. Graf v. Bernstorff als Referent des Auswärtigen Amtes über die Genfer Abrüstungsverhandlungen erstattete. In der Diskussion, an der sich neben Vertretern der Reichsregierung die Abgg. Stöcker (Komm.), Stampfer (Soz.) und Freilber v. Rheinbaben (D. Vp.) beteiligten, gab der Reichsaussenminister die Erklärung ab, daß die durch ein Nachrichtenblatt verbreitete Mitteilung über Besprechungen oder sogar Vereinbarungen hinsichtlich einer deutschen Aufrüstung völlig aus der Luft gegriffen seien.

590 000 Mann unter Waffen.

Frankreich führt einjährige Dienstzeit ein — dafür werden die Reservisteneinberufungen erleichtert.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Mittwoch die Debatte über die Heeresreform fortgesetzt und mehrere grundlegende Artikel des Gesetzes über die Rekrutierung der französischen Armee angenommen. Im Namen der sozialistischen Kammergruppe entwickelte der Abgeordnete Renaudel einen Antrag, der unter dem Vorbehalt einer durchgreifenden militärischen Vorbereitung der Jugend die Einführung der

neunmonatigen Dienstpflicht vorseht. Mit 431 gegen 131 Stimmen verwarf die Kammer, nachdem der Kriegsminister Painlevé hierzu noch die Vertrauensfrage gestellt hatte, diesen Antrag und nahm Artikel 1 und 2 der Vorlage an, nach welchen in Zukunft die Dauer der Dienstzeit von achtzehn Monaten auf ein Jahr herabgesetzt wird. Nach Absolutorierung ihrer Dienstzeit verbleiben aber die gedienten Mannschaften noch weitere drei Jahre „zur Verfügung“, das heißt: die Regierung behält sich das Recht vor, sie jederzeit zur Erhöhung der aktiven Truppenbestände auf Kriegsstärke einzuziehen. Damit umgeht das Gesetz etwaige Bestimmungen des Völkerbundes über eine Mobilmachung über seine vorherige Anrufung.

Die Einführung der einjährigen Dienstzeit wird noch von der Erhöhung der Zahl der Berufssoldaten von 70 000 auf 106 000 abhängig gemacht. Die neue französische Armee wird danach 590 000 Mann zählen, rund 110 000 Mann weniger, als die gegenwärtige, und zwar 106 000 Mann Berufssoldaten, 240 000 Mann aktive Truppen, 90 000 Mann Kolonialtruppen in Nordafrika, 85 000 Mann eingeborene Truppen in den übrigen französischen Kolonien, 18 000 Mann Fremdenlegion, 10 000 Mann in den Strafbataillonen und rund 40 000 Mann Gendarmen und republikanische Garde.

Aus Orléans wird wieder einmal gemeldet, daß hervorragende portugiesische Persönlichkeiten festgenommen und ins Gefängnis unter der Beschuldigung eingeliefert worden sind, eine revolutionäre Bewegung vorbereitet zu haben.

Gefährliche Pläne.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz.

In diesen Tagen finden Besprechungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, dem Finanzminister Dr. Schmelze und dem Innenminister Stübel über die schwebenden finanzpolitischen Fragen statt. Es handelt sich dabei vor allem um das vom Reich geplante Steuervereinheitlichungsgesetz, von dem Herr Dr. Schmelze in seiner Antrittsrede im Bayerischen Landtag gesagt hat, er hoffe und wünsche inständig, daß dieser Gesetzentwurf niemals die Billigung des Reichskabinetts finden möge.

Diese grundsätzliche Abneigung gegen die geplante reichsrahmengesetzliche Regelung der Realsteuern ist um so bezeichnender für die Zwiespältigkeit der bayerischen Politik, als die Bayerische Volkspartei bei der Regelung des Finanzausgleichs den entgegengesetzten Standpunkt einnahm und zu den Parteien gehörte, die von der Reichsregierung die baldige Vorlegung eines solchen Rahmengesetzes verlangten. Freilich hat damals die Reichsregierung dieses Zugeständnis Bayerns mit der Erhöhung seiner Biersteueranteile von 45 Millionen Mark jährlich sehr teuer bezahlen müssen. Und es ist nicht ohne Ironie, daß der Rechtsblock trotzdem von den geriffenen bayerischen Politikern nach Strich und Faden betrogen wird.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung will die Gewerbesteuer, die Grundsteuer und die Hauszinssteuer einheitlich für das ganze Reich regeln und zugleich eine wesentliche Vereinfachung der Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden herbeiführen. Er beschäftigt seit vielen Wochen das Reichskabinet. Infolge des Widerstandes Bayerns aber hat sich bisher keine Einigung erzielen lassen, so daß die ursprüngliche Absicht, den Entwurf noch vor den Sommerferien des Reichstags zu verabschieden, fallen gelassen werden mußte.

Dadurch aber wachsen die Schwierigkeiten, den Gesetzentwurf durch Reichsrat und Reichstag zu bringen, sehr erheblich. Die Absicht der Reichsregierung, den Entwurf in der denkbar kürzesten Frist durch die gesetzgebenden Körperschaften erledigen zu lassen, beruht auf der richtigen Erkenntnis, daß eine gründliche Beratung die Zahl seiner Gegner und den Eindruck ihrer Argumente wesentlich verstärken müßte. Denn außer den Partikularen, die der Reichsrahmengesetzgebung auf dem Gebiet der Realsteuern feindselig gegenüberstehen, weil sie der Selbständigkeit der Länder gefährlich wird, gibt es zahllose Gegner des Gesetzentwurfs der Reichsregierung, weil er eine rein privatkapitalistische Tendenz verfolgt, die Steuerlasten der besitzenden Kreise weitgehend ermäßigen will und die Selbstverwaltung der Gemeinden in schwerster Weise beeinträchtigen wird.

Da der Gesetzentwurf bisher nicht veröffentlicht worden ist, so hat es eine sachliche Kritik seiner Bestimmungen auch noch nicht gegeben. Es ist daher außerordentlich zu begrüßen, daß der Rämmerer der Stadt Frankfurt a. M., Genosse Bruno Wsch, in einem überaus lesenswerten Aufsatz im Juliheft der „Gesellschaft“ kritische Betrachtungen zu diesem Gesetzentwurf veröffentlicht.

Wsch geht von der Tatsache aus, daß die Realsteuern bisher eifersüchtig gehütetes Reservat- gebiet der Länder sind, in denen sich der letzte Rest ihres Gesetzgebungsrechts auf steuerlichem Gebiete darstellt. Von diesem Recht der selbständigen Regelung der Ertragsteuern haben die Länder umfangreichen Gebrauch gemacht, so daß die formellen und materiellen Bestimmungen eine fast undurchsichtige Buntschichtigkeit aufweisen. Wsch bejaht deshalb grundsätzlich den Gedanken der Vereinheitlichung auch der Realsteuern, wendet sich aber gleichzeitig gegen den törichtesten Gedanken, es wäre in einem Lande von so verschiedenartiger sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Struktur wie Deutschland möglich oder erwünscht, die Steuergesetzgebung auch für die Länder und für die Gemeinden so zu regeln, daß überall nur nach denselben Steuermessstäben besteuert und die gleichen Steuerhöhen erhoben werden. Eine Rahmengesetzgebung des Reiches für die Realsteuern habe nicht die Aufgabe, die staatliche und kommunale Steuerbelastung völlig auszugleichen. Die Vereinfachung und Vereinheitlichung müsse sich in erster Linie auf den Gesetzestext, die Veranlagungs- vorgchriften und das Rechtsmittelverfahren erstrecken. Es sollte ferner die Steuermessstäbe festlegen, einheitliche Steuertarife vorlegen, zu denen die gesetzlich geordneten Zuschläge der Länder und Gemeinden treten müssen.

Der Gesetzentwurf, der gegenwärtig das Reichskabinet beschäftigt, stellt aber diese Absicht der Vereinheitlichung und Vereinfachung zurück hinter der Hauptabsicht, einen überaus weitgehenden Abbau der Realsteuern zu erzwingen. Dieser Absicht dient sowohl der Gesetzentwurf über die Gewerbesteuer, als auch der über die Grundsteuer und die Gebäudebesondersteuer. Die Gewerbesteuer, die jetzt die Grundlage der kommunalen Finanzwirtschaft bildet, soll auf etwa die Hälfte bis zwei Drittel des bisherigen Aufkommens gesenkt werden, ohne daß man im Finanzausschuss irgendeinen Ersatz zu schaffen bereit ist. Ueber die Wirkungen einer solchen Maßnahme sagt Wsch:

„Dadurch würde man die Gemeinden zwingen, entweder in der Erfüllung ihrer sozialpolitischen Aufgaben, die heute überall zwischen 35 und 55 Proz. des Gesamtfinanzbedarfs beansprucht, weitestgehende Einschränkungen vorzunehmen oder auf die letzten ihnen verbleibenden Einnahmequellen auszuweichen, nämlich die

Tarife der Kommunalbetriebe. Diese bedeuten schon jetzt vielfach eine erhebliche Belastung der Konsumenten. Ihre Erhöhung zum Zweck der Einnahmehbeschaffung bedeutet nicht nur eine neue Steigerung der Lebenshaltungskosten, eine Verschiebung der steuerlichen Gesamtbelastung zugunsten der leistungsschwächsten Klassen, sondern wäre auch ein fundamentaler volkswirtschaftlicher Fehler. Gerade die Befriedigung der Verkehrs- und Kraftbedürfnisse der industriellen Bevölkerung und der städtischen Wirtschaft zu sinkenden Preisen ist eine der wichtigsten produktiven Aufgaben der Kommunen, deren Erfüllung ihnen schon heute überaus erschwert ist, in Zukunft aber durch die Realsteuerpolitik praktisch unmöglich gemacht würde.

Ähnlich wie bei der Gewerbesteuer liegen die Verhältnisse bei der Grundsteuer. Auch bei der Gebäudesteuer muß man gegen die Absicht schärfsten Widerstand erheben, bei allen weiteren zu erwartenden Mietssteigerungen auf die steuerliche Mehrleistung zu verzichten, sondern die Mietszinssteuer sogar vom 1. Januar 1929 ab jährlich um 10 Proz. bis etwa auf ein Drittel ihrer gegenwärtigen Höhe abzubauen.

Schon diese kurzen Andeutungen lassen erkennen, um wie überaus gefährliche Pläne es sich bei dem Steuervereinfachungsgesetz handelt. Obwohl die Massenbelastung durch Steuern und Zölle von Jahr zu Jahr stark gestiegen ist, soll nicht hier eine Milderung erfolgen, sondern bei den Besitzsteuern, die stets unzulänglich waren. Das wird überdies in einem Augenblick gelant, in dem Reich, Länder und Gemeinden vor Aufgaben stehen, die wachsende finanzielle Aufwendungen erfordern. Eine verantwortliche Finanzpolitik dürfte gerade in einer solchen Zeit nicht zu einem Steuergesetz von 600 bis 800 Millionen an die kapitalkräftigen Kreise des Volkes bereit sein.

Es ist infolgedessen zu begrüßen, daß die Absicht der Reichsregierung gescheitert ist, den Entwurf in kurzer Frist durchzusetzen, und die Möglichkeit besteht, nicht nur die Massen des Volkes aufzuklären, wach neues Unrecht die Rechtsregierung plant, sondern auch die Träger der Selbstverwaltungskörper zur aktiven Gegenwehr hervorzurufen.

Die bayerischen Minister sind heute früh in Berlin eingetroffen. Ministerpräsident Held und Finanzminister Schmeitzel haben dem Reichsfinanzminister bereits ihren ersten Besuch abgestattet und über allgemeine Fragen gesprochen.

Kampf um den Verfassungstag.

Die Anträge der Linken vor dem Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung über die Festsetzung des Verfassungstages als Feiertag fort. Den Beratungen liegt der Zentrumsantrag zugrunde, am Sonntag nach dem 11. August den Verfassungstag zu feiern. Zu diesem Antrag haben unsere Genossen in Verbindung mit den Demokraten den Abänderungsantrag gestellt, den Verfassungstag auf den 11. August festzusetzen. Auf Wunsch des Abg. Kahl wurde die Einsetzung eines Volkstrauertages vorläufig aus den Beratungen ausgeschlossen. Abg. Pfleger (Bayer. Sp.) berichtete über Petitionen von Frauenerneuerungen, die einen Volkstrauertag fordern, an welchem alle öffentlichen Lustbarkeiten verboten sein sollen, und über die Petition von Gastwirtschaftsbesitzern, einen Verfassungstag im Februar, am besten in Verbindung mit dem Totensonntag oder mit dem Buß- und Bettag, zu beschließen.

Zur Begründung des deutsch-nationalen Standpunktes führte Abg. v. Freytag-Loringhoven aus: Zunächst sollte die Frage geprüft werden, ob das jetzt beantragte Gesetz über die Einsetzung eines Feiertages verfassungsändernden Charakter habe. Der Vertreter der bayerischen Regierung habe dies bereits behauptet. Gründe und Gegenstände stehen sich gegenüber. Die Frage muß geklärt werden. Ist die Verfassung aber als solche

überhaupt geeigneter Gegenstand für eine Feier? Bei keinem anderen zivilisierten Volk wurde gerade die Verfassung gefeiert. Die Vereinten Staaten feiern ihre Unabhängigkeitserklärung, die Franzosen den Bastillesturm. Nur Polen feiert den 3. Mai als Verfassungstag, aber doch nur als Demonstration für die polnische Unabhängigkeit. Gerade die Weimarer Verfassung sei besonders ungeeignet zur Feier. Denn sie enthalte keine großen, lebenden Gedanken. Die Verwandlung der Monarchie in die Republik ist kein neuer Gedanke. Die Weimarer Verfassung ist eigentlich nur die Bismarcksche Verfassung mit republikanischem Vorzeichen. Auch die berühmten Grundrechte enthalten überwiegend Gedanken aus dem Jahre 1848. Das Schmerliche aber ist der Verfassungsartikel, nach welchem die Vorschriften des Versailler Vertrages den Vorschriften der Verfassung vorgehen sollen. Es kann keinem Volke zugemutet werden, eine Verfassung mit solcher Bestimmung zu feiern. Deutschland hat überhaupt niemals einen Nationalfeiertag gehabt. Für das deutsche Volk nach seinem Zusammenbruch ist aus wirtschaftlichen Gründen ein neuer Feiertag nicht angebracht.

Genosse David: Es war interessant, daß gerade der deutsch-nationale Redner hervorgehoben hat, daß ein Volksfeiertag in Deutschland niemals zustande gekommen sei. Es ist eben unsere Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß ein vom ganzen Volk zu feiernder Tag geschaffen werde. Wenn die Verfassung so abstrakt sei, warum haben denn die Deutschnationalen sie immer so bitter bekämpft? Sie muß doch wohl einen starken Inhalt haben, sonst wäre die Leidenschaft der Deutschnationalen bei der Bekämpfung der Verfassung nicht zu verstehen.

Herr v. Freytag meinte, daß er sich ja gegen einen Volksfeiertag wehre, auch wenn wir die Monarchie behalten hätten. Ich weiß nicht, ob er dann wirklich ein Feind der Kaisergeburtstagsfeier gewesen wäre. Er sieht nicht Neues und nichts Großes in der Verfassung.

Dabei ist es doch zweifellos etwas Neues und weltgeschichtlich Bedeutendes, daß das deutsche Volk aus der Monarchie eine Republik gemacht hat. Diese aber ist durch die Weimarer Verfassung von der großen Mehrheit des Volkes sanktioniert.

Neu ist auch, daß die jetzige Verfassung nicht mehr wie die Bismarcksche auf einem Vertrage von Fürsten beruht, sondern auf dem Beschluß des in seinen Stämmen geeinten deutschen Volkes. Die Verfassung beweist, daß das deutsche Volk politisch mündig geworden ist. Alle höchsten Entscheidungen des innen- und außenpolitischen Lebens gehen jetzt auf den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes zurück. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Außenpolitisch bedeutet die Verfassung die Rettung der deutschen Einheit. Das scheint allerdings die Franzosen besser erkannt zu haben als manche Deutsche. Unser Vorschlag ist keineswegs verfassungsändernd, das hat früher auch die Reichsregierung anerkannt. Das Zentrum sollte zu seinem früheren Standpunkt zurückkehren und für den 11. August als Volksfeiertag eintreten.

Abg. Mumm (Znat.) begründete einen Antrag, die Feiertage zu schließen, die am 11. August 1919 in den einzelnen Ländern gefeiert waren. Es bestand einmal die Gefahr, daß die kirchlichen Feiertage durch gewisse mitteldeutsche Regierungen beseitigt würden. Die Wiederkehr solcher Gefahren muß verhindert werden.

Abg. Kreuzburg (Komm.) wies den Sozialdemokraten vor, daß sie die Macht an das Bürgertum hätten gelangen lassen. Das bringe die Verfassung zum Ausdruck. Sie besetzte die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse. Immerhin erkennen die Kommunisten an, daß die Republik der günstigste Boden für die Führung des Klassenkampfes sei. Sie seien deshalb bereit, die Republik gegenüber den Monarchisten zu verteidigen.

Genossin Pfaff weist die kommunistischen Angriffe auf die Sozialdemokratie zurück. Gerade die Kommunisten seien Schuld daran, daß die Macht der Arbeiterklasse seit 1919 zurückgegangen sei. Die Kommunisten, die von einem Überberg der Macht an das Bürgertum sprachen, beantragten merkwürdigerweise gleichzeitig, daß dieser Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit den 1. Mai als Feiertag anerkennen soll. Die Sozialdemokraten seien bereit, gegenüber den Zentrumswünschen auf Festsetzung eines Sonntags als Gedentag für die Opfer des Krieges Toleranz zu zeigen, wenn das Zentrum bereit sei, den 11. August als Volksfeiertag anzuerkennen. Nicht so tolerant seien die beiden Richtungen des Christentums. In Bayreuth wollten die Katholiken einen Fronleichnamstag um den Schloßhof herum veranstalten. Das wurde aber von allen evangelischen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, abgelehnt. In München andererseits lämpfen die Evangelischen um die Anerkennung des Charfreitags

und die Katholiken bewilligen es nicht. Es sei höchste Zeit, den Verfassungstag zum Feiertag zu erheben.

Abg. Haas (Dem.): Wir haben allerdings keinen Anlaß, rauschende Freudenfeste zu feiern, was sich vor allen Dingen die Rechte bei ihren vielen Feiern merken sollte. Aber eine würdige Feier des 11. August als eine Feier der Belebung und Verlebendigung des republikanischen Staatsgedankens ist ein dringende Notwendigkeit.

Abg. Pfleger (Bayer. Sp.): Das Reich hat nicht die Kompetenz, die Feiertage festzusetzen. Alle vorliegenden Anträge, auch die des Zentrums, greifen in die Kompetenz der Länder ein und sind deshalb abzulehnen. Die Verfassung können wir deshalb nicht feiern, weil sie den Einzelstaaten wichtige Rechte genommen hat und sich deshalb nicht der Liebe großer Volksteile erfreut.

Abg. Schulte (Z.) bemüht sich, den ungünstigen Eindruck zu verwischen, den seine Ausführungen in der vorigen Sitzung hervorgerufen haben. Er findet heute warme Worte für die Notwendigkeit, die Verfassung zu feiern. Er habe den Wunsch, daß es zu einer Verständigung komme, damit ein Feiertag festgelegt werde, der bei Arbeitsruhe mit festlicher Erhebung gefeiert werde.

Schließlich ergriff Minister v. Kuebel das Wort. Er bestätigte, daß im Jahre 1923 die damalige Reichsregierung die Vorschläge zur Schaffung eines Feiertages nicht als verfassungsgesetzlich angesehen habe. Welche Stellung die jetzige Reichsregierung einnehme, könne er noch nicht sagen. Er werde sich zunächst mit Baden und Sachsen in Verbindung setzen, um Näheres über die Durchführung des Feiertages an einem Wochentage festzustellen. Er sei den verschiedenen Rednern dankbar, die Toleranz gefordert hätten, und dem bringe die Reichsregierung volles Verständnis entgegen. Es sei nur zu begrüßen, wenn diese Frage möglichst wenig parteimäßig behandelt werde und wenn wir einer wirklichen Volksgemeinschaft näherkämen.

Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt.

Neue Debatte um die Portoerhöhung.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stand die Ausprache über das Verhältnis des Reichspostkommissars zur Reichspostverwaltung. Die Frage wurde schnell und glatt erledigt, da der Reichspostminister Schögl erklärte, er begrüße jede Maßnahme und auch die Mitwirkung des Reichspostkommissars, die geeignet erscheine, seine Verwaltung noch wirtschaftlicher zu machen.

Zur Frage der Erhöhung der Gebühren nahm zuerst Genosse Hülferding das Wort. An die Spitze seiner Ausführungen, die vom Ausschuß mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommen wurden, stellte er den Satz, daß durch die Lage der Reichspost das Recht der Beamten auf Erhöhung ihrer Bezüge nicht gefährdet werden dürfe. Auch müsse die Reichspost das beitragen. Unter Umständen werde daher die Sozialdemokratie sich der Pflicht nicht entziehen können, in die genaue Prüfung einer Gebührenerhöhung einzutreten. Jetzt aber liege eine Notwendigkeit dazu noch nicht vor, denn noch seien keineswegs alle Möglichkeiten, auf andere Art Mittel zu beschaffen, von der Post ausgeschöpft.

Am Etat, besonders bei den vorgeschlagenen Bauten, könnten Ersparnisse gemacht werden. Die Gebührenerhöhung soll zirkelweise Verteilung bringen, würde aber zugleich einen Verkehrsrückgang von circa 15 Proz. zur Folge haben. Bei dem gegenwärtigen stabilen Stand der Wirtschaft erscheine es falsch, für heute schon eine Last von 250 Millionen aufzuerlegen. Durch die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen könne zunächst eine geraume Zeit auf eine Gebührenerhöhung verzichtet werden.

Bei Schluß des Blattes nahm der Reichspostminister das Wort. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Frankreich beschwert sich in Rom.

Italien will Entschädigung für die Schiffschäden bezahlen

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Botschafter in Rom hat die angeklagte Demarche bei der italienischen Regierung wegen der Zwischenfälle auf dem Plateau des Mont Cenis am Dienstag unternommen. Die italienische Regierung hatte bereits Klärung bei ihren Militärbehörden in Savona eingeholt. Der durch das Bombardement der italienischen Artillerie angerichtete Schaden soll durch den italienischen Generalkonsul in Riga geregelt werden.

„Fliegerbombenspiel.“

Von Hugo Efferoth.

Wibed (Ditsee), im Juli 1927.

Gestern sind wir an der Kante dieser Heringslake ein Stück entlang balanciert: von Wibed, wo die elende und lohnsteuerzahlende Menge, als wie wir, im Lämpel sich vergnügt, bis nach Heringsdorf, wo dasselbe nur „die beste Gesellschaft“ tut. Die Ditsee ist eine große Demokratie, ihre Farbe bleibt gelb-schmutzgrün-schmutzig-blau, ganz egal, welche Haut gerade ihre Wellen abschrubben.

Auf der Landungsbrücke von Wibed flattert hoch die Fahne der deutschen Republik — auf der von Heringsdorf tummeln sich so ziemlich alle Flaggen Europas und der westlichen Halbkugel, nur die des Vaterlandes nicht. Vielleicht besteht eben darin der einzige Unterschied im politischen Gemüt: Wir sind international mit kräftigem Einschluß unserer Heimat, und jene sind international stark mit Ausschluß jenes Landes, das seinen Wilhelm und seine Leutnants der Reserve verloren hat und ihnen deshalb weniger geworden ist als das, was ringsum und hinter Ostende, Biarritz oder Abbazia liegt. Aber das nur nebensächlich!

Neben vielen Gelegenheiten für Schimmittler und Fortroddele neben einem Kurhotel mit drei schwarzweißen Fahnen gibt es in Heringsdorf einen Laden am Strand, der bei freiem Eintritt in der Tat den marktschreiernden letzten Akt der Saison ertönen läßt: es ist die Pubik, wo das „Fliegerbombenspiel“ die Stützen der Gesellschaft antastet, jenes Fliegerbombenspiel, das viel zu lange auf seinen Edison hat warten müssen.

Die Sache geht so zu: über einem runden Tisch mit einer Anzahl Feiler, und diese wieder eingeteilt in kompliziertes Ziffern- und Registrierungsnetz, würdig der mühevollen Arbeit eines Konjunkturstatistikers, kreisen im Karussell eine Anzahl bombenmaler, mit Nummern bezeichneter Flugapparate aus edelstem Blech. Im Schwanzende jedes Flugzeuges steckt eine große Radel, in der Mitte durch eine blanke Metallkugel beschwert — die Bombe. In der Runde des gesamten höchst sinnreichen Mechanismus steht jemand und kassiert, von fünfzig Pfennig an aufwärts. Vor jedem Feld befindet sich ein Knopf einer geheimnisvollen elektrischen Leitung, die die „Bombe“ zum Abwurf bringt, wenn das Flugzeug über dem Felde kreist. Wer mit seiner Bombe am besten in die verwiderte Registrieratur hineingepflanz ist, gewinnt abzüglich dessen, was der Konstrukteur und Eigentümer für die Genialität dieser Schöpfung aus Laed, Blech und Zeitbewußtsein zu nehmen wohl berechtigt sein dürfte.

Wie man sieht, ist hier die geradezu ideale Verbindung von Technologie, Wehrhaftigkeit, Buchführung, Kurzweck und Diluvialinstinkt geschaffen. Alles drückt, alles zählt, alles lacht!

Ich war dabei, als eine Fliegerbombe uns ein bißchen — ach ja, nur ein ganz kleines bißchen — machte, obwohl Bangemachen gerade für einen frisch-fröhlichen Krieg ja eigentlich nicht gelten darf. Das erstmal war das irgendwo in der Notunde von Opern: Joghgen, glaube ich, hieß das Rest. Und da stand im großen Jahr 1915 ein deutsches Feldlazarett. Wir lagen vorne im Graben gegenüber den Australiern, lebendige Lehmklumpen. Und dann hieß es plötzlich — in der Nacht hörten wir den entsetzlichen Krach, ein Bersten und Knaden, als würden menschliche Gebeine über dem Knie zerbrochen — heraus und Arbeitsdienst; die Engländer hätten ins Lazarett geschmissen. Dann sahen wir früh beim Dämmerlicht, nach einem langen, langen Marsch, einen großen blutigen Trichter; giftige Gase schwellten darüber. Darinnen tochten menschliche Gliedmaßen, ein Baud, um den noch der Lazarettmantel hing, ein Kopf, der in ein Stuhl Nachtgeschirr biß, Beine, eine halbe Badewanne, das Riefstäschchen des Chefarztes in der Suppe.

Glückliches Heringsdorf! Du drückst auf den Knopf und die Bomben fallen. Was andere die Knochen zerschmeißt, das fragt höchstens dein Portemonnaie. Nur sagt nicht, daß es Menschen sind, die an diesem großen Totalitator Krieg spielen, gewinnen oder verlieren, wen's gerade trifft. Kennst auch Zweibeiner, Großneffen des Gorilla, zivilisationsbesprenkelte Saurier — das alles sei euch gestattet. Vorausgesetzt, daß die Affen oder wer es auch sei, keinen Widerspruch dagegen erheben.

Ein Skelett gefunden.

Im Jahre des Heils 1277 ging eine Abhandlung des alten Schweizer Forschers Johann Jakob Schuchler durch die deutschen Land. Dieser hatte in einem Steinbruch eine Steinplatte mit einem Skelett gefunden. Da er überzeugter Anhänger der biblischen Einstückerlieferung war, bog er die Laitsache dementsprechend zurecht und veränderte:

Wir haben, nebst dem ohnehinbaren Zeugnis des Göttlichen Wortes, so viel andere Zeugen jener allgemeinen und erschütterlichen Wasser-Fluth; als viel Länder, Städte, Dörfer, Berge, Thäler, Seelbrücken, Heim-Gruben sind. Pflanzen, Fische, vierfüßige Thiere, Anstieher, Wuscheln, Schnecken, ohne Zahl; von Menschen aber, so damals zu Grund gegangen, hat man bis dahin sehr wenig Ueberbleibseln gefunden. Sie schwimmen tod auf der offenen Wasser-Fläche, und verfaulen und läßt sich von denen hin und wider befindlichen Gebeinen mit alle Zeit schließen, daß sie von Menschen seien. Dieses Bildniß, welches in lauberen Holz-Schnitt der gelehrten und künftigen Welt zum Nachdenken vorliegt, ist eines von sichersten, ja ohnehinbaren Ueberbleibseln der Sand-Fluth; da finden sich nicht einige Einzeimantel, aus welchen die reiche und fruchtbare Einbildung etwas, so dem Menschen gleichet, formieren kann, sondern eine gründliche Ueberreife mit denen Teilen eines menschlichen Leibes, ein vollkommenes Eben-Maß, ja selbst die in Stein (der auch dem Dnngischen Stein-Bruch) eingeseinte Bein; selbst auch weiche Teil sind in natura übrig, und vom übrigen Stein leicht zu unterscheiden.

Beititelt war die Schrift „Homo diluuii testis“, „In der Sündflut ertrunkener Mensch“. Das Bild trug die Verse:

Betrübtes Beingerüst von einem armen Sünder,
Erweiche, Stein, das Herz der neuen Bosheltsfinder.

Die neuen Bosheltsfinder stellten dann fest, daß es sich um einen fossilen Kielemolch von nicht ganz Menschengröße handelte, der noch in Japan einen lebenden Verwandten besitzt.

Und im abermöglichen Jahre des Heils, 1927, kamen im Ulap zu Berlin bei Bauarbeiten menschliche Skelette zum Vorschein. Sie stammten aus einem alten Massengrab. Aber überzeugte Anhänger Moskaus, denen es in ihre politische Agitation passte, machten daraus ein Massengrab in der Revolution von Balkanern erschossenen kommunistischen Arbeitern und Matrosen.

Alles ist schon einmal dagewesen, meinte der weise Rabbi ben Aliba. Und Forscher mögen eine Theorie einer 200jährigen Periode gleichartiger Phantasien auf die Tafelchen aufbauen.

Trotzdem. Es bestehen Unterschiede. Vor zweihundert Jahren baßierte man weiter vor als heute. Der mehrere Millionen Jahre alte versteinerte Kielemolch wurde nur 5000 Jahre alt geschätzt. Die 100 oder 150 Jahre alten Skelette sollen acht Jahre alt sein. Die alte Schätzung des Alters war um das Tausendfache falsch; die neue nur um das Zwanzigfache. Also schon eine Besserung. W. L.

Die Erhaltung der friesischen Sprache in der Schule bildet den Gegenstand einer schriftlichen Anfrage zweier friesischer Abgeordneter an den holländischen Unterrichtsminister. Tatsächlich ist das Friesische in der niederländischen Provinz Friesland, dessen Hauptstadt das im Mittelalter heißt unstrittene Leeuwarden ist, immer noch eine lebende Sprache, in der nicht nur gesprochen, sondern auch geliebt und sogar gedichtet wird. Selbst einer der bedeutendsten Söhne Frieslands, unser Genosse Pieter Jelles Troelstra, hat mehr als einmal seinen Empfindungen in seiner Muttersprache dichterischen Ausdruck verliehen. Die beiden Abgeordneten ersuchen daher auch den Minister um die Erziehung eines Lehrstuhls für friesische Sprache und Geschichte. In Deutschland ist die friesische Sprache, einst die stolze Schwester des Angelsächsischen und Niederdeutschen, bis auf geringe Reste ausgeblieben.

Zwei neue Forstungsinstitute. Unter Beteiligung von Reich, Staat (Preußen), Provinz und Landesversicherungsanstalt (Rheinland) werden zwei neue Forstungsinstitute gegründet. Das eine soll der Tuberkulose, das andere der näheren Erforschung der rheumatischen Erkrankungen gewidmet sein. Ersteres wird seinen Sitz in Düsseldorf, letzteres in Kachen haben.

Der neue Sham. Bernard Shaw hat sein Buch über den Sozialismus, das den Titel „Der Reine einer intelligenten Frau zum Sozialismus“ tragen wird, beendet. Es wird im Herbst bei Constable in London erscheinen und zugleich in französischer, deutscher und englischer Sprache vorliegen.

220 Theaterdirektoren suchen einen Posten. Um den Direktionsposten am Stadttheater Jilau haben sich nicht weniger als 220 Theaterdirektoren beworben.

Die beleidigten Offiziere der „Hamburg“.

Berufungsverfahren.

Heute morgen begann vor der Strafkammer des Landgerichts I die Berufungsverhandlung in der „Hamburg“-Beleidigungssache gegen den früheren verantwortlichen Redakteur Ernst Reuter, der in der ersten Instanz zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt worden war. Wie erinnertlich, hatte der „Vorwärts“ aus dem Karlsruher Parteiblatt den Brief eines Offiziers vom Kreuzer „Hamburg“ übernommen. Darin wurde den Offizieren ein despektierliches Verhalten gegenüber den Reichsflaggen und während der Rede des Bürgermeisters von San Francisco vorgeworfen, der sich sympathisch über die Deutsche Republik ausließ. Sowohl die Verteidigung als die Staatsanwaltschaft hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das erste Urteil war insofern von Interesse, als das Gericht die in jenem Brief behaupteten Tatsachen als wahr unterstellt hatte.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Genosse Reuter den Brief als auch den zweiten Artikel, der diesen Brief glossierte, gelesen habe, erklärte Genosse Reuter, daß er den Artikel nicht gelesen haben konnte, da er an dem fraglichen Morgen im Rathaus beschäftigt gewesen sei, jedoch die pressgesetzliche Verantwortung übernehme. Rechtsanwalt Landsberg stellt den Antrag, den Redakteur Victor Schiff darüber zu vernehmen, daß Reuter den zweiten Artikel wirklich nicht gelesen haben konnte. Redakteur Schiff muß darauf den Saal verlassen, um erst später vernommen zu werden. Der Vorsitzende stellt darauf die Frage, aus welchem Grunde er den Brief für glaubhaft gehalten habe. Der Angeklagte: Der Brief ist zuerst in einer badischen Zeitung erschienen, im Zusammenhang mit anderen Vorgängen mußte angenommen werden, daß er öffentliches Interesse besitze. Vors.: Wollen Sie nicht den Verfasser nennen? Angekl.: Nein. — Staatsanwalt: Welches Interesse hatte der Angeklagte, den Artikel zu veröffentlichen? Stand er nicht in Verbindung mit der Flaggenverordnung? Der Angeklagte, Gen. Reuter, verneint dies. Der Staatsanwalt: Handelte es sich hier nicht um bestellte Arbeit, vielleicht der badischen Zeitung? — Angekl.: Bestellte Arbeit ist nach der Lage der Dinge vollkommen ausgeschlossen, sowohl für den „Vorwärts“ als auch für das Karlsruher Blatt. — A. A. Landsberg: Der Brief war an den Karlsruher „Volkstfreund“ als Familienbrief zur Verfügung gestellt worden.

Staatsanwalt: Der Angeklagte hat immer noch nicht gesagt, was er mit der Veröffentlichung bezweckt hat. Wenn ihm daran gelegen war, die Offiziere zu beleidigen, so hätte er sich mit einer Klage an das Reichswehrministerium wenden können. Hätte er sich nicht sagen müssen, daß durch die ausgestellten Behauptungen des Ansehens der Marine leiden würde? Angekl.: Es unterliegt keinem Zweifel, daß von dem politischen Standpunkt aus, auf dem der „Vorwärts“ steht, ein dringendes öffentliches Interesse vorlag, den Brief zum Abdruck zu bringen. Seit Jahren wird ein Kampf geführt, um alle Behörden zu veranlassen, die verfassungsmäßigen Farben zu respektieren. Bekanntlich haben bis heute noch die einen und die anderen Behörden sich dieser Forderung nicht angepaßt. Vom Standpunkt eines großen politischen Blattes war die Veröffentlichung unter solchen Umständen eine direkte Verpflichtung.

Vors.: Haben Sie sich nicht sagen müssen, daß der Brief Beleidigungen enthält? Angekl.: Eine Beleidigung hat dem „Vorwärts“ vollständig ferngelegen. Ob eine Beleidigung in dem Brief enthalten ist, darüber können die Ansichten auseinandergehen. Die Absicht des „Vorwärts“ ist gemein, gewisse Verstöße gegen die Reichsflaggen der Republik zu rügen. Und man kann wohl sagen, daß durch den Kampf, den er führt, das Verhalten gegenüber der Republik und seine gleichmäßigen Farben ein anderes geworden ist.

Staatsanwalt: Der Angeklagte hat noch nicht die Frage beantwortet, weshalb er sich nicht an das Reichswehrministerium gewandt hat. Angekl.: Es bedeutet eine völlige Verkennung der Aufgabe des Publizisten durch den Staatsanwalt. Pflicht der Presse ist, öffentliche Schäden aufzudecken. Es kann aber auch keine Rede davon sein, daß es die Absicht des „Vorwärts“ habe sein sollen, die Reichswehr herunterzureißen. Daß es sich aber in diesem Falle nicht um einen Einzelfall gehandelt hat, siehe sich durch eine ganze Skala von Fällen erhärten. Es genügt, an den Vorfall in Konstanz zu erinnern, wo Mitglieder der Reichswehr die Reichsflaggen heruntergerissen haben. Die Behauptungen des „Vorwärts“ bezogen sich selbstverständlich nicht auf alle Offiziere, sondern nur auf die Offiziere, die an den Vorfällen in San Francisco beteiligt waren. Auf die Frage des Staatsanwalts nach Beweisunterlagen erklärt der Angeklagte: Mein Verteidiger hat bereits in der ersten Instanz beantragt, sämtliche Offiziere, Dedoffiziere und Fähnriche über die behaupteten Tatsachen zu vernehmen. Das Gericht hat damals die Beweisurteile abgelehnt und die behaupteten Tatsachen als wahr unterstellt.

Staatsanwalt: Ich habe diese Handlungsweise der ersten Instanz seinerzeit in höchstem Maße bedauert. Es war ein völlig unmögliches Verfahren, derartig beleidigende Tatsachen, die das Ansehen der Marine in höchstem Maße schädigen mußten, als wahr zu unterstellen. Ich stelle deshalb erneut den Antrag, alle Offiziere und Fähnriche, deren Liste mir vorliegt, zu vernehmen. Unter allen Umständen könnte aber der Kommandant, Kapitän Groß, vernommen werden, den ich bereits in das Gerichtsgebäude bestellt habe. Er würde bestätigen, daß er von sämtlichen Offizieren und Fähnriche dienstliche Erklärungen über die angeblichen Vorgänge in San Francisco eingefordert habe und daß sie ergeben haben, daß nichts Ähnliches vorgefallen sei.

Rechtsanwalt Landsberg: Ich stimme dem Antrag des Staatsanwalts, sämtliche Offiziere und Fähnriche zu vernehmen, bei. Es wäre aber ein unmögliches Verfahren, sich mit der Vernehmung des Kommandanten zu begnügen. Die Vernehmung der Offiziere, an der das Reichswehrministerium im höchsten Grade interessiert ist, wäre auch im Interesse des Ansehens der deutschen Marine erforderlich. Wenn der Staatsanwalt sich darauf beruft, daß die Behauptungen des „Vorwärts“ schon aus dem Grunde unwahr sein müßten, weil sie unglaubhaft erscheinen, so wäre dem zu entgegenen, daß auch heute noch Traditionskompagnien der Reichswehr an den verschiedensten antirepublikanischen Feiern teilnehmen.

Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück. Nach einer Stunde verkündet das Gericht, daß es die Anträge der Verteidigung, Offiziere und Fähnriche zu vernehmen, ablehne. Dagegen beschloß es die sofortige Vernehmung des anwesenden Kapitäns Groß, die nunmehr beginnt.

Ciberias Weltkriegskosten. Die afrikanische Regierrepublik Liberia hat ihre Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten geklärt: es waren 28 000 Koller Kapitalbetrag und 9160 Koller aufgelaufene Zinsen. Sie wurden mit einem einzigen Schatz an des amerikanischen Schatzamt bezahlt!

Aus der Partei.

Zum Tode Wilhelm Blos. Der Parteivorstand hat an die Genossin Anna Blos in Stuttgart folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Zum Tode Ihres lieben Gatten übermitteln Ihnen der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie den Ausdruck seines herzlichsten Beileides. Wilhelm Blos hat über fünf Jahrzehnte in unserer Partei journalistisch und agitatorisch hervorragendes geleistet und dann im hohen Alter als württembergischer Staatspräsident in Deutschlands schwerster Zeit führend gewirkt. Sein Andenken wird unvergessen bleiben.“

Großer Feiertag in Prag.

Tschechische Generale ehren die Internationale.

F. Kt. Prag, den 6. Juli 1927.

Es lohnte sich an diesem letzten Tag der Internationalen Arbeiter-Olympiade Prag in seiner ganzen Schönheit, erfüllt mit Menschen aller Trachten und Zungen, zu sehen und als Erlebnis in sich aufzunehmen. Ein schöner Tag voll blendender Sonne und auch ein heißer Tag. Es gab einen großen Festzug durch die Straßen Prags, an dem sich alle Nationen beteiligten, die bei dieser Olympiade vertreten sind, einen Festzug der 80 000, dessen Vorbeimarsch zwei Stunden währte und das wohl das großartigste darstellte, was Europa bei internationalen Arbeiterveranstaltungen je gesehen hat.

Der Umzug fand seinen Abschluß vor dem Denkmal des Johannes Hus, dessen Gedanken mit dem Werden der Tschechoslowakei so eng verbunden ist. Also ein nationaler Feiertag, der durch das Wesen dieses Märtyrers eine internationale Auslegung im weitesten Sinne zuteil wurde. Der Platz vor dem alten Rathaus am Altstädter Ring war bereits gegen 10 Uhr vormittags von einer dichtgedrängten Menge besetzt. Das Husdenkmal, vor dem aus einer Schale riesige Feuer loberten, war mit Kränzen reichgeschmückt, von den alten Giebelhäusern wehten Flaggen und Girlanden. Auf dem Balkon des Rathauses hatte

Präsident Masaryk mit den Regierungsoberleitern

Platz genommen, als ein Redner auf der Tribüne die Menge, die den Markt bis auf den letzten Platz besetzt hielt, aufforderte, Platz zu machen, da man den Anmarsch der internationalen Arbeitersportler in wenigen Minuten erwarte. Und wirklich, ohne polizeiliche Hilfe räumten die Tausende den Platz, zogen sich freiwillig, ohne gestochen und gefnußt zu werden, auf die Bürgersteige und in die angrenzenden Straßen zurück. Das mächtige Karree war in kurzer Zeit völlig von Menschen frei, ohne daß die Polizei die Hand gerührt hätte. (Man denke, welche Szenen sich bei solcher Gelegenheit in Berlin abgepielt hätten.) Dann kam der Zug, in endloser Reihe, zwei Stunden während, von Musikkapellen begleitet. Während ein Teil der schwebenden Delegationen auf dem Platz verblieb, marschierte der andere Teil wieder ab, so daß zum Schluß die Vertreter aller Länder den Platz um das Husdenkmal besetzt hielten. Es kamen mit den wehenden Fahnen und Abzeichen ihrer Bünde die tschechischen Abordnungen, die Amerikaner, die Engländer, die Franzosen, die Deutschen vom Arbeiter-Turn- und Sportbund (in sehr großer Zahl, weißgekleidete Turnerinnen und Turner, vom Publikum lebhaft begrüßt, unter Führung des hier Aufsehen erregenden Pfeifen- und

Trommlerkorps) dann die Schar der anderen Arbeiterturner aus der ganzen Welt.

Die Generale des tschechoslowakischen Heeres waren wieder erschienen, Abordnungen der Regimenter und die Militärkapellen marschierten im Zuge.

Unter dem Balkon des Altstädter Rathauses wurde der Manifestationszug von den Vertretern der Stadt Prag mit dem Primator Dr. Baga und den beiden Primarstellvertretern an der Spitze, von Vertretern der Regierung und vielen ausländischen Gästen erwartet. In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Dr. Baga an die Tage der 1. Arbeiter-Olympiade im Jahre 1921. Er hob hervor, daß Prag die Arbeiterturner herzlich begrüße. Alle, so sagte er, sind wir uns bewußt, was seit Jahren der Arbeiter für den Fortschritt und die Freiheit der Nation bedeute. Er begrüßte in den Anwesenden die Befürworter des tschechischen Sozialismus, der die Befreiung allen Unrechtes verlange und wahrhaftige soziale Gleichheit aller Arbeitenden fordere. Besonders begrüßte er die ausländischen Gäste und sprach den Wunsch aus, ihre Anwesenheit möge das

Gefühl der internationalen Brüderlichkeit

stärken und den ersehnten Frieden zwischen den Staaten, damit die Menschheit sich dem sozialen und kulturellen Fortschritt widmen könne. Als alles versammelt war, sprach der Vorsitzende der tschechischen Arbeiterturner und dankte im Namen der Arbeiterturner für die Gastfreundschaft der Stadt Prag. Darauf sprach als Festredner Gen. Abg. Tomasek über die Bedeutung Hus'. Nach Absingen der „Roten Fahne“ und der Internationale sowie hussitischen Liedern war der imposante Festzug zu Ende. Die riesige Demonstration, die auf dem alten Platz ein unbeschreiblich schönes Bild bot, zählte 700 Fahnen und 28 Musikkapellen.

Der Nachmittag sah das Prager Volk noch einmal im Stadion. Wieder ein großer Tag. Freiübungen und Musterübungen im großangelegten Schaustil, multilingual ausgeführt. Der Abend veranlagte die fremden Gäste im Volkshaus zu einem Abschiedsabend. — Dem gleichen Zweck dient am Abend vorher ein Empfang, den Minister Beneš im Sjanischen Saal der alten Burg auf dem Hradtschin veranstaltete.

Das Stadion war am Dienstag nachmittag von 70 000 Menschen besetzt. Der Sanitätsdienst legte wieder eine Probe seiner ausgezeichneten Bereitschaft ab; infolge der großen Hitze hatte der Sanitätsdienst an diesem Tag 1540 Fälle zu behandeln. Den Dienst versahen in 7 Ambulatorien und im Hauptlager 41 Ärzte, 210 Samariter und 80 weibliche Hilfskräfte.

Die Eisenbahnkatastrophe im Harz.

Bisher 9 Tote.

Berlin, 7. Juli. (Ill.) Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Berlin hat sich die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück ums Leben gekommenen Reisenden nach den letzten Feststellungen um fünf erhöht, so daß die Gesamtzahl der Toten bisher neun beträgt.

Die Stätte der Katastrophe.

Die Unglücksstelle liegt etwa 20 Minuten oberhalb des Wernigeröder Stadtteils Hasserode zwischen den Stationen Hasserode und Steinerne Renne, und zwar in einer Kurve, die aus einem Tunnel kommende, mit ziemlich



starkem Gefälle versehene Bahnstrecke im Thumtuhental beschreibt. Kurz vor der Brücke, die über die Chaussee und über den Bach führt, hatten die Fluten des Hochwassers, die naturgemäß in der Krümmung mit besonderer Wucht gegen den etwa 10 Meter hohen Bahndamm strömten, das Erdreich am Fuße des Damms stark unterhöhlte, ohne daß der Oberbau der Strecke zunächst gelitten hätte. Aus diesem Grunde konnte das Personal des schon mit größter Vorsicht fahrenden Zuges auch keine Beschädigung der Strecke erkennen. Kaum hatte der Zug aber die Kurve erreicht, als der Damm infolge der Unterhöhlungen nachgab, so daß die Lokomotive, der Packwagen und der Waggon 2. Klasse abstürzten. Der dritte Wagen dagegen legte sich auf die Seite und bewahrte so den restlichen Teil des Zuges vor dem Absturz. Nur dadurch konnte eine noch größere Ausdehnung der Katastrophe verhindert werden. Als ein glücklicher Umstand ist es außerdem anzuspochen, daß infolge des Unwetters der vom Bracken kommende Zug, der in Dreimannhöhe mit dem von Nordhausen-Benneckenstein kommenden Unglückszug Nr. 35 vereinigt werden sollte, nicht rechtzeitig auf der Knotenstation eintraf, so daß die vom Bracken kommenden Wagen zurückblieben.

Der Bericht der Direktion.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Dreimann-Höhne im Harz, über das wir bereits in der Morgenausgabe berichteten, teilt die Direktion der Nordhausen-Wernigeröder Privatbahn, der sog. Harzquerbahn, in Wernigerode folgendes mit:

Am Mittwoch, dem 6. Juli, 17.40 Uhr, entsetzte infolge Dammrutsches ein Teil des Zuges 105 von Nordhausen-Benneckenstein-Braunlage kommend. Gegen 15 Uhr brach in dem nördlichen Harzgebiet eine Wetterkatastrophe aus, die in kurzer Zeit den Thumtuhentalbach zu einem reißenden Strom anschwellen ließ. Das Wasser stauete sich vor dem Bahndamm und trat über sein Bett weit hinaus. Es bildete sich vor dem Bahnübergang eine Wasserstaumung mit Wasserwirbeln, wodurch vermutlich der untere Teil des Damms unterpült wurde, so daß im Augenblick des Herüberfahrens des Zuges der unverehrt scheinende Bahntörper nachgab. Mit Rücksicht auf gemeldete Hochwassergefahr und die teilweise Ueberflutung der Schienen war die Lokomotive von Station Dreimann-Höhne außer mit dem Maschinen-

personal noch mit einem Regierungsbaumeister und einem erfahrenen Bautechniker besetzt worden. Der Zug wurde in langsamer Fahrt zu Tal geführt. Trotzdem hat diese Vorsichtsmaßnahme das Unglück nicht verhindern können. Das Lokomotivpersonal, Lokomotivführer Gierke und Heizer Schmidt aus Nordhausen, Regierungsbaumeister Meyer und Bautechniker Bothe, beide aus Wernigerode, fanden ihren Tod durch den Sturz der Maschine in die Fluten. Außer der Maschine sind ein Packwagen und ein Personenzug abgestürzt. Leider sind auch aus dem Personenzug einige Passagiere tödlich verunglückt. Im Krankenhaus Wernigerode sind zehn Verletzte untergebracht. Die Verletzungen sind im allgemeinen leichter Natur. Nach Auskunft soll Lebensgefahr für keinen der Verletzten vorliegen. Mehrere Verletzte konnten nach Anlegung von Rotverbanden wieder entlassen werden. Durch das vorsichtige Fahren und das schnelle Wirken der Bremsen sind die übrigen Wagen sofort zum Stehen gebracht worden, so daß Verletzungen in diesen Wagen nicht vorliefen. Die sofort behördlicherseits eingeleitete Hilfsaktion hat es ermöglicht, daß die Verletzten sehr schnell dem Krankenhaus Wernigerode zugeführt wurden.

Die Opfer des Unglücks.

Die Namen der getöteten Jahrgänge konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Von dem Fahrpersonal fanden Lokomotivführer Gierke und Heizer Schmidt aus Nordhausen, Regierungsbaumeister Meyer und Bautechniker Bothe, beide aus Wernigerode, infolge Absturz der Maschine ihren Tod in den Fluten. Die Namen der dem Krankenhaus Wernigerode eingelieferten Verletzten sind: Frau Kabeitz, Athleben bei Nordhausen; Frau Frida Balke, Berlin-Röpenitz; Herr Rosenhagen, Berlin W. 15; Frau Salomon, Wittenberge (Bez. Potsdam); Herr Leonhard, Lingen (Ostfriesland), und Herr und Frau Beabant, Wittenberge, und der 18jährige Willy Hilder aus Hildesheim.

Mitteilung eines Augenzeugen.

Wernigerode, 7. Juli. (Ill.) Ein Augenzeuge berichtet über das schwere Eisenbahnunglück im Oberharz u. a. folgendes: Die Unglücksstelle bietet ein schauerliches Bild. Tief unten liegt die Lokomotive, umbraut von dem wildtollenden Wasser. Ein Personenzug zweiter und dritter Klasse ist auf den Kopf gestellt und das Dach zur Hälfte in der Längsrichtung abgerissen. Die Wagenräder starren zur Luft. Rechts von der Lokomotive liegt ein vollständig zertrümmerter Packwagen. Auf dem Bahndamm steht man einen Personenzug fast zur Hälfte über dem Abgrund hängend. Die Holzschwellen mit den darauf befestigten Schienen hängen seitlich verbogen weit über den Abgrund. Ausgewurzelte Baumstämme, mächtige Fichten liegen im herabströmenden Wasser und bilden ein unentwirrbares Chaos.

Unter Heranziehung aller verfügbaren Kräfte der Eisenbahn, der freiwilligen Feuerwehr, Sanitätsmannschaften sowie der Bevölkerung von Hasserode wurde an der Unglücksstelle die ganze Nacht hindurch bei Tagelicht gearbeitet, um die Leichen der mit dem Wagen 2. Klasse abgestürzten Jahrgänge zu bergen. Die Arbeiten waren unlagbar schwierig, weil der Wagen bei seinem Sturz aus einer Höhe von circa 10 Metern in das gerade an dieser Stelle sehr tiefe Bett des Thumtuhentalbaches völlig zerstückelt wurde, und weil das reißende Hochwasser, das noch der geltrigen Wetterkatastrophe einsetzte, die Hilfsmannschaften selbst in höchste Gefahr brachte. Die Leiche einer Frau wurde einen Kilometer talwärts am Lössen-Denkmal aufgefunden, wohin sie vom Hochwasser gespült worden war. Die reißenden Fluten hatten die Kleider völlig weggerissen, und der Schädel der Frau war halb zertrümmert. Die Personalleichen der vier Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Da die Fluten auch riesige Schlamm- und Gerümmen mit sich talabwärts gerissen haben, die sich nun an den im Wasser liegenden Zugtrümmern stauen, sind die Nachforschungen nach weiteren Toten aus äußerster Notwendigkeit. Mit Sauerstoffgasflaschen müssen die Eisenstücke der Wagen und der Lokomotive auseinandergeschweißt werden, um sie aus dem Bett des Baches zu heben.

Betrogene Arbeitslose.

Ein falscher Maurerpolier. — Der Seerosenpächter.

Die gemeingefährlichen Gauner, die die Not der Arbeitslosen kennen und wissen, wie gern die Armen bereit sind, jede nur mögliche Beschäftigung anzunehmen, verfallen auf immer neue Tricks, um ihre Opfer einzufangen.

In der letzten Zeit tauchte an verschiedenen Stellen der Stadt ein Mann auf, der den Maurerpolier spielte. Er warb Leute zum Steintragen auf einem Neubau in einem entfernten Vorort an, beschrieb ihnen genau die Fahrgelegenheit und ließ sich als Sicherheit die Invalidentarte des Arbeiters geben. Nach Abschluß der Besprechung bemerkte der Werber mit scheinbarem Schreck, daß er sich arg verspätet habe und bat den neu Eingestellten, ihm doch sein Fahrrad zu leihen. Er werde es am nächsten Morgen auf den Bau mitbringen und dem Eigentümer zurückgeben. Dieser, der dem Polier gern gefällig sein wollte, gab die Maschine her und sah weder sie noch den „Arbeitgeber“ jemals wieder.

Eine ganz ausgefallene Sache hat sich ein anderer Gauner ausgedacht, von dem man noch nicht weiß, ob er mit dem „Polier“ nicht personengleich ist. Dieser Mann erzählt, daß er in Birkholz bei Hohensteinhausen einen See gepachtet habe mit der Verpflichtung, die dort in Menge blühenden Seerosen an einen Blumenhändler in der Markthalle zu liefern. Die Arbeit wachse ihm aber über den Kopf und er brauche daher einen Mann zur Hilfe. Dieser habe nichts weiter zu tun, als mit einem Kahn umherzufahren, die Blumen zu schneiden und zu bündeln. Er, der Unternehmer, werde den Transport und Absatz besorgen. Um sein Opfer sicher zu machen, legt der Gauner einen regelrechten Arbeitsvertrag auf und erbittet zum Schluß eine Kautions, die auch ohne weiteres gezahlt wird. In anderen Fällen ließ er sich außerdem das Fahrrad des neuen Gehilfen und verschwand damit auf Nummerwiedersehen. Da bereits eine große Zahl von Anzeigen bei den verschiedenen Polizeireviere eingelaufen ist, so scheint der Schwindler an der Arbeit zu sein. Er macht ein gutes Geschäft, da er für jedes leidlich erhaltene Fahrrad etwa 20 bis 30 M. bekommt. Arbeitslose können vor derartigen Angeboten nicht dringend genug gewarnt werden.

Baubeginn im Scheunenviertel.

Die Bebauung des Scheunenviertels wird voraussichtlich am 15. Juli nach den Plänen von Professor Boelzig, der als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgegangen ist, in Angriff genommen werden, nachdem auch die Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Berlin und dem Eigentümer des Grundstückes, der Industrie-Bau-Aktiengesellschaft Zentrum, eine befriedigende Lösung gefunden haben. Die Terraingesellschaft hat einige Baublocke, auf die die Stadt besonderen Wert legt, gegen andere eingetauscht oder zum Teil zu billigen Preisen überlassen. Die Voraussetzung für den Baubeginn am 15. Juli ist der Abschluß der ersten Hypothek, der infolge der schwierigen Lage auf dem Geldmarkt sich bisher noch nicht durchführen ließ. Es schweben aber Verhandlungen und man hofft, daß die Eintragung der Hypothek in den nächsten Tagen erfolgen wird. Außerdem hat sich die Stadt auch bereit erklärt, dem Bauherrn, der Firma Schrobsdorff, Hauszinssteuerhypotheken für einen Teil des Projekts zur Verfügung zu stellen, obwohl dies zunächst nicht beabsichtigt war. Es handelt sich dabei gewissermaßen um ein Äquivalent für die überlassenen Grundstücke, auf denen die Stadt selbst bauen will, und zwar voraussichtlich Verwaltungsgebäude, die ebenfalls nach den Plänen von Prof. Boelzig ausgeführt werden sollen und sich dem Gesamtprojekt künstlerisch anpassen werden. Die Zentrale des Magistrats hat jetzt an die Bezirksbehörden eine Rundfrage gerichtet, wieviel Räume in Frage kommen und für welche Zwecke sie benötigt werden. Möglicherweise wird man auch in unmittelbarer Nähe der Volkshäuser eine Volksbücherei, einen Vortragssaal usw. einrichten.

Der völkische Redakteur geht frei aus.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hat vor einigen Tagen eine Verhandlung stattgefunden, die wieder in typischer Weise zeigt, welche Rechtsbegriffe bei manchen Richtern vorherrschen, wenn es sich um politische Prozesse handelt. Der Redakteur der „Deutschen Wochenschau“, Holzmann, hat sich in einem aufreizenden Heftzugblatt, das sich angeblich nur gegen die „jüdischen“ Warenhändler richtete, die geschmacklosesten antijüdischen Beschimpfungen geleistet. Die Geschäftstätigkeit der Warenhändler war unter anderem auf eine Stufe gestellt worden mit der bekannten Sage von den Ritualmördern (!). Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt: Es sei Sache der Anklage, dem Angeklagten nachzuweisen, daß er bei Abfassung des Artikels das Bewußtsein und die Absicht gehabt habe, groben Unfug zu begehen. Dieser Beweis sei aber nicht erbracht worden. Man müsse vielmehr nach den Ausführungen des Verteidigers eher das Gegenteil annehmen (!).

Bestimmt wird die Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil Berufung einlegen müssen.

Ein beachtenswerter Vorschlag.

Ein Leser des „Vorwärts“ schreibt uns:

In Hamburg kann man sehen, wie es gemacht werden muß, um die Farben der Republik populär zu machen. Auf jedem Stadtbahnhof, am Hafen, auf dem Platz vor dem Rathaus stehen große Fahnenstangen, an denen riesengroße schwarzrote goldene Fahnen die Besucher und Einwohner der Stadt Hamburg grüßen. Am Rathaus werden die Fahnen jeden Sonntag gehißt, an anderen Stellen flattern sie alle Tage in den Lüften. Ist es nicht möglich, daß die Reichshauptstadt dies nachahmt? Es wäre sogar die Pflicht der Hauptstadt, besonders den Fremden gegenüber. Durch dieses öffentliche Zeigen der schwarzroten goldenen Farben würden sich alle Bürger daran gewöhnen, auch diese Farben zu achten. Vor allen Dingen würden die Beamten des Reiches, die das Geld von der Republik nehmen und die Farben verneinen, endlich einmal deutlich merken, daß die Republik sich nicht scheut, ihre Farben in der Öffentlichkeit zu zeigen. Es würde auch keineswegs schaden, wenn die Stadt Berlin überall dort, wo sie die Stadifähne zeigt, auch die Reichsfähne zieht.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich.

Vom persönlichen zum kollektiven Arbeitsvertrag.

In einem Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt gibt die Reichsarbeitsverwaltung eine Zusammenstellung der Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1926 heraus, nebst einem Anhang über die Reichstarifverträge am 1. Januar 1927. Im Jahre 1925 ist zum ersten Male seit dem Jahre 1920, seitdem die Anzahl der abgeschlossenen Tarifverträge fast ununterbrochen zurückging, und zwar von 11 624 Ende 1920 auf 7099 Ende 1924, wiederum etwas gestiegen, und zwar auf 7533 Ende 1925. Die Anzahl der Betriebe, auf die sich die Tarifverträge erstrecken, ist aber weiter zurückgegangen.

Während am 1. Januar 1921 die Anzahl der abgeschlossenen Tarifverträge ihren Kulminationspunkt erreicht hatten, war sowohl die Höchstzahl der Betriebe mit 89 237 als auch die Höchstzahl der davon erfaßten beschäftigten Personen mit 14 261 106 am 1. Januar 1923 erreicht. Die Anzahl der Betriebe ging seitdem ständig zurück bis auf 788 755 am 1. Januar 1926 mit 11 140 521 Beschäftigten.

Die rückläufige Bewegung im Jahre 1925 (die Anzahl der Betriebe nahm in diesem Jahre unwesentlich um rund 2800 zu), soweit die davon erfaßten Personen in Frage kommen, um rund 750 000, dürfte jedoch in der Hauptsache zurückzuführen sein auf den geringeren Beschäftigungsgrad. So erfaßte der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier am 1. Januar 1925 450 000 Personen, am 1. Januar 1926 doch nur 306 000. Ebenso ging im mitteldeutschen Braunkohlenrevier die Anzahl der beschäftigten Personen von 130 000 zurück auf rund 82 000. Ähnlich ist eine rückläufige Bewegung auch in anderen Gruppen zu beobachten, obwohl der Geltungsbereich der Tarifverträge sich nicht geändert hatte.

Die Tatsache, daß trotz der fürchterlichen Arbeitslosigkeit eine rückläufige Bewegung nicht eingetreten

ist, zeigt, wie sehr sich die Position der gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt hat. Wenn heute Tarifverträge nicht zustande kommen, dann ist die Ursache in der Mehrzahl der Fälle der Verzicht der Gewerkschaften, einen ungünstigen Vertrag abzuschließen.

Der Tarifvertrag ist also heute die Norm des Arbeitsvertrags in Deutschland. Der individuelle Arbeitsvertrag ist überholt und durch den kollektiven Arbeitsvertrag ersetzt worden. Diese Tatsache ist von einer grundlegenden Bedeutung für unsere gesamte Sozialpolitik. Wenn man berücksichtigt, daß

im Jahre 1913 insgesamt erst 1 393 597

beschäftigte Personen von Tarifverträgen erfaßt wurden, während am 1. Januar 1926 diese Zahl achtmal höher war, dann kann man die ganz außerordentliche Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland daran erkennen.

Freilich kommt es nicht in erster Linie auf den Abschluß eines Tarifvertrags an, sondern vor allen Dingen darauf, wie dieser Tarifvertrag aussieht und zweitens, wie er in der Praxis durchgeführt wird. Inhalt und Durchführung eines Tarif-

vertrags hängen aber in erster Linie ab von der Stärke der Gewerkschaft und der Disziplin der Mitglieder.

Es ist also nicht so, daß ein Tarifvertrag sozusagen die gewerkschaftliche Aktion ersetzen kann. Wenn, wie es vorkommt, die Angehörigen eines Berufs sich um ihre eigenen Angelegenheiten wenig kümmern und sich darauf verlassen, daß die Organisationsvertreter bzw. die Schlichtungsbehörden dazu da seien, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu regeln, dann rächt sich diese falsche Auffassung entweder indem der Tarifvertrag ungünstig ist oder nicht durchgeführt wird.

Der Tarifvertrag ist kein Allheilmittel.

Er ist eine Grundlage, auf der die gewerkschaftliche Aktion aufbauen kann. Er ist ein Schutz für den einzelnen Arbeiter wie auch für den Unternehmer gegen die Schmutzkonturen. Er schafft darüber hinaus Erleichterungen und Sicherungen sowohl für die Beschäftigten wie für die Unternehmer.

Mit 14,5 Proz. aller tariflich gebundenen Personen und einer absoluten Zahl von 1 614 429 steht die Gruppe Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren an erster Stelle. Ueberraschend ist, daß an zweiter Stelle die Gruppe Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht mit 11,8 Proz. und 1 313 750 Personen steht. Hier zeigt sich am besten, wie sehr der Tarifvertrag nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Unternehmer von Vorteil ist. Es folgen die Textilindustrie mit 913 913 Personen, die Gruppe Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei mit 782 243 Personen, das Verkehrswesen mit 686 792 Personen, das Handelsgewerbe mit 520 733 Personen.

Bemerkenswert ist, daß man

langsam von kurzfristigen zu langfristigen Tarifverträgen

übergeht, obwohl man noch weit davon entfernt ist, in dieser Beziehung an die Dauer der Verträge der Vorkriegszeit heranzukommen. Insbesondere ist man bestrebt, die Lohnsätze möglichst kurzfristig abzuschließen.

Soweit die Dauer der Arbeitszeit, die in den Tarifverträgen vorgesehen ist, in Frage kommt, gibt die Uebersicht keinen richtigen Einblick. Denn außer der regelmäßigen Arbeitszeit kommt es auf die Ueberstunden an und wie diese gehandhabt werden. Immerhin ist zu erkennen, daß im Jahre

1925 in der Arbeitszeit eine Verschlechterung eingetreten

ist, weil sowohl die Anzahl der Tarifverträge und der davon erfaßten Betriebe sowie Personen, die eine längere regelmäßige Arbeitszeit als die 48-Stunden-Woche vorsehen, zugenommen hat, während die Tarifverträge und die davon erfaßten Betriebe und Personen, die eine kürzere als die 48-Stunden-Woche vorsehen, zurückging.

Hervorzuheben ist noch, daß der Urlaub in den allermeisten Tarifverträgen, und zwar in 6705 für 782 817 Betriebe mit 10 549 754 Beschäftigten tariflich geregelt ist. Auch hier ist gegenüber der Vorkriegszeit ein grundlegender Wandel eingetreten.

Wie die Reichsbahn die Arbeitszeit beschränkt

Ein unehrliches Täuschungsmanöver.

In dem Schiedspruch für die Eisenbahner im April waren unter anderem Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn und den Tarifgewerkschaften vorgesehen, zum Zweck der Abänderung der Dienstdauervorschriften. Diese Verhandlungen begannen Ende Mai. Die Tarifgewerkschaften verlangten, daß die höchstzulässige Arbeitszeit, die bisher 60 Stunden pro Woche betrug, auf 54 Stunden herabgesetzt werde.

Dieses Verlangen ist außerordentlich befriedigend. Denn die tatsächliche Dienstdauer ist eine viel längere, weil man bei den Gruppen, in die es sich hier handelt, den Dienst zum großen Teil nur als Dienstbereitschaft rechnet und davon nur bis herab zu 60 Proz. als Arbeitszeit anrechnet, so daß Dienstdauern von 16 bis 18 Stunden (z. B. bei Schrankenwärtlern) herauskommen. Nicht nur im Interesse des Personals selbst, vor allem auch im Interesse der Verkehrssicherheit muß hier Remedur geschaffen werden.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn schien zunächst bereit, den Weg der Konzessionen zu beschreiten. Sie machte das Angebot, die höchstzulässige Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden herabzusetzen. Wertwürdigerweise lehnte sie es aber ab, gleichzeitig auf die Dienstdauer herabzusetzen. Diese Ablehnung schien ganz unvereinbar mit dem vorher bezeichneten Angebot.

Das Rätsel löst sich sehr einfach, wenn auch nicht zum Vorteil der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Diese hatte nämlich, bevor sie das Angebot auf Herabsetzung der Arbeitszeit machte, eine Verfügung herausgegeben, daß die Arbeitszeit in der Dienstdauer stärker berechnet werden soll, so daß bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit keine Verkürzung der Dienstdauer eintreten darf.

Diese Handlung der Hauptverwaltung der Reichsbahn ist ein unehrliches Täuschungsmanöver, geradezu ein Betrugsoversuch. Wir wissen nicht, wer diesen Betrugsoversuch ausgeheckt hat. Wir können uns schwer vorstellen, daß jemand, der auf seine persönliche Ehre etwas hält, die es unehrliche Manöver mit seinem Namen zu bedenken bereit sein könnte.

Darauf dürfte es wohl auch zurückzuführen sein, wenn der Generaldirektor Dorpmüller, an den sich die Gewerkschaften brieflich wandten, bis heute — drei Wochen nach Absendung des Schreibens — noch keine Antwort gefunden hat.

Aber schließlich wird er antworten müssen. Die Verpflichtung, die unehrlichen und gemeingefährlichen Dienstdauervorschriften abzuändern, besteht. Davon kann niemand die Hauptverwaltung befreien. Und es kann auch niemand den Generaldirektor davon

befreien, entweder diesen ungläublichen Betrugsoversuch zu desavouieren oder mit seinem Namen zu decken.

Ein Drittes gibt es nicht. Auf jeden Abseignungsversuch würden wir mit der Veröffentlichung der Verfügung antworten. Das Wort hat der Generaldirektor Dr. Dorpmüller.

Die Verschmelzung bei den Nahrungsmittelarbeitern.

Eine Versammlung der im Zentralverband der Fleischer organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Wurst- und Konjunkturfabriken beschäftigte sich am Dienstagabend mit dem Statutenentwurf der neuen Einheitsorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Der Vorsitzende der Berliner Zählstelle, Genosse Schulz, erläuterte die wichtigsten Paragraphen des Entwurfs und kam zu dem Schluß, daß auch die Fleischer sich nicht mit allen Bestimmungen des Entwurfs einverstanden erklären können, daß man aber deshalb die Verschmelzung nicht ablehnen könne, sondern versuchen müsse, durch entsprechende Anträge eine Abänderung dieser Bestimmungen durchzusetzen.

Die Fleischer haben von jeher die Verschmelzung erstrebt, da sie die Verschmelzung für eine wirtschaftliche Notwendigkeit halten. Bedauerlich ist es, daß noch in letzter Stunde einige Organisationen der Verschmelzung Schwierigkeiten bereiten.

Wenn zum Beispiel behauptet wird, daß die Verschmelzung nur Nachteile und keine Vorteile bringen würde, so spricht aus dieser Einstellung ein Krämergeist, der nicht zu übertrumpfen ist. Auch die Fleischer sind sich dessen bewußt, daß sie schließlich im Interesse der Verschmelzung ein Loch zurücksteden müssen. Wenn sie schließlich einige Nachteile in Kauf nehmen müßten, dann würden sie sich auch damit abfinden, weil die Verschmelzung eine dringende wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Wenn die Einheitsorganisation erst einmal geschaffen sein wird, wird sich aus der Praxis ergeben, wie und wo sie noch besser ausgebaut werden muß. Die Abänderungsanträge zu dem vorliegenden Statutenentwurf werden in der Generalversammlung am 3. August formuliert und dem am 20. September in Leipzig stattfindenden Verbandstag zugeteilt werden. Genosse Schulz sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß die einzelnen Verbandstage in der Zeit vom 19. bis 25. September in Leipzig trotz der Widerstände die Verschmelzung beschließen werden und damit der gesamten Arbeiterschaft der Lebensmittelindustrie einen großen Dienst erweisen werden.

In der Diskussion wurde, abgesehen von einigen widersprüchlichen Ausführungen des kommunistischen Redners, die Auffassung des Genossen Schulz voll und ganz unterstrichen.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schiller; Lokales und Sonstiges: Fritz Kasper; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bavor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Engrosbezug 40% Ersparnis — Der weiteste Weg lohnt!

Gegr. 1891
Nur Garant für gute und billige Tepp- und Daunendecken
100% Metall-Bettstellen und Kastenbetten
Bernhard Strohmandel, Berlin S 14, Wallstr. 72 (U-Bahn Inselbrücke), Filialen nur Spittelmarkt, Ecke Gedächtnis- u. W. Rühlensburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Reparatur, Leih, Art. — Illust. Preisliste gratis.

Elektrische Anlagen
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung
2 Zimmer 65,—, 3 Zimmer 80,—
4 Zimmer 100,— M. einschl. Küche, Korridor und Bad.
Vertretersbesuch und Kostenausschläge unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Geprüfter Elektromeister
Berlin-Schöneberg, Maxstraße 6, Stephan 8270.

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 13
(Fabrikgebäude)

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Faltenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer.
Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.
August Berg, Uhlandstraße 167
Spezialgeschäft für Wollwaren.

Herstellung von **künstlichen Augen**
a vollendeter Ausführung
Ludwig Müller-Ur
Berlin NW 6, Karlstraße 15.
Gegründet 1835. Älteste Anstalt Deutschlands.
Das ganze Jahr ständig geöffnet werktags von 8-4 Uhr.

Radclatz & Co.
Berlin, Leipziger Str 122-123
Auch gegen 12 Monats Raten
VERLANGEN SIE SONDERANGEBOTE
Porzellan, Glaswaren, Kunstgegenstände, Lederwaren, Buchwaren, auch alte Bücher, Spielzeug, Porzellan, Glaswaren, Kunstgegenstände, Lederwaren, Buchwaren, auch alte Bücher, Spielzeug, Porzellan, Glaswaren, Kunstgegenstände, Lederwaren, Buchwaren, auch alte Bücher, Spielzeug.